



Luzern, 22.11.2014

## **Wahlplattform 2015: Luzern für alle statt für wenige (definitive Version)**

### **1. Soziale Gerechtigkeit – Familien stärken statt Sozialabbau**

Die Stärke einer Gesellschaft misst sich am Wohl der Schwächsten. Doch gerade bei diesen wird im Kanton Luzern gespart: Sei es bei der Prämienverbilligung, in der Betreuung von Behinderten oder Kindern oder den viel zu tiefen Stipendien. So öffnet sich die Schere zwischen arm und reich immer mehr. Dies gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die SP stellt den Menschen in den Mittelpunkt. Deshalb bekämpfen wir Armut, statt die Armen zu schikanieren. So bleibt niemand von der selbständigen und selbstbestimmten Teilhabe an der Gesellschaft ausgeschlossen. Kinder haben einen chancengleichen Start in die Zukunft.

Das will die SP:

- Die Prämienverbilligung wird deutlich erhöht und bei steigenden Prämien ausgebaut. Dies entlastet Personen mit kleinem Einkommen, den Mittelstand und Familien.
- Dank Ergänzungsleistungen für Familien sind Kinder in Zukunft kein Armutsrisiko mehr.
- Die mediale Hetzjagd gegen die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) und die Bezügerinnen und Bezüger von wirtschaftlicher Sozialhilfe muss beendet werden. Alle hier lebenden Menschen haben Anrecht auf ein menschenwürdiges Leben. Ein Abbau bei der Sozialhilfe kommt nicht in Frage!
- Das Recht auf ein Leben in Würde gilt auch für Menschen, die in Heimen betreut werden. Plätze in Jugendheimen und zur Betreuung von Behinderten und pflegebedürftigen Personen werden bedarfsgerecht ausgebaut, Angebote wie Wochenendbetreuung und Ferienlager müssen erhalten bleiben.
- Damit die IV-Forderung von Eingliederung vor Rente auch umgesetzt werden kann, müssen grössere Betriebe und Verwaltungen verpflichtet werden, mindestens ein Prozent Behinderte anzustellen.



## 2. Wohnpolitik: Günstiger Wohnraum statt Immobilienspekulation

Wohnen ist ein Grundbedürfnis. In vielen Haushalten ist die Miete der grösste Budgetposten. Trotz der Abschaffung der Liegenschaftssteuer steigen die Mieten kontinuierlich. Die SP fordert eine Wohnbauoffensive, damit die Mietkosten wieder bezahlbar sind. Beim gemeinnützigen Wohnbau sind die Mieten dank Kostenmiete tief. Die Gewinne wandern nicht in die Taschen von Immobilienspekulanten. Landverkäufe verbessern zwar kurzfristig die Finanzlage der öffentlichen Hand, entziehen den Boden aber unserer demokratischen Kontrolle.

Das will die SP:

- Im ganzen Kanton entstehen spekulationsfreie Wohnungen durch die Förderung von gemeinnützigen Baugenossenschaften und Zonen für preisgünstiges Wohnen.
- Der Ausverkauf unseres Bodens wird gestoppt. Gemeinden und gemeinnützige Bauträger erhalten ein Vorkaufsrecht bei Landverkäufen.
- Der Kanton stoppt die Zersiedelung und fördert die Verdichtung nach Innen. Dabei setzt er das neue Raumplanungsgesetz konsequent um, insbesondere in Bezug auf die Beschränkung der Bauzonen und die Mehrwertabschöpfung bei Neu- und Umzonungen.
- Die soziale Durchmischung auch innerhalb der Gemeinden und der Quartiere wird gefördert. Es gibt genügend Wohnungen für Familien, Studierende und für das Wohnen im Alter.



### **3. Finanzen und Steuern – Faire Unternehmenssteuern statt Sparpakete!**

Die Steuerstrategie der Bürgerlichen mit Dumpingsteuern für Unternehmen und Vermögende ist grandios gescheitert. Statt den versprochenen Mehreinnahmen gibt es Steuererhöhungen für die gesamte Bevölkerung. Es muss unter anderem bei der Bildung, dem ÖV, im Unterhalt der Infrastruktur, im Umweltschutz und der Betreuung von Behinderten gespart werden. Leistungen werden abgebaut, Gebühren erhöht. Die meisten Menschen in diesem Kanton stehen am Ende schlechter da als zuvor. Die SP verlangt ein Ende dieser Umverteilung von unten nach oben.

Das will die SP:

- Mit der Initiative „Für faire Unternehmenssteuern“ leisten Unternehmen, die hohe Gewinne machen, endlich wieder einen gerechten Beitrag an die Gesellschaft.
- Dem ausufernden Steuerwettbewerb müssen klare Schranken gesetzt werden. Der Kanton Luzern verzichtet auf Steuersenkungen, die nur mit einschneidenden Sparpaketen oder mit Gebührenerhöhungen finanziert werden können.
- Keine steuerliche Sonderbehandlung für einige Wenige: Die Dumpingsätze der Vermögenssteuer werden erhöht, die Pauschalbesteuerung reicher Ausländer wird abgeschafft.
- Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt. Steuerinspektoren bringen dem Staat mehr Einnahmen als Sozialinspektoren.



#### 4. Nachhaltiger Verkehr – Umsteigen statt Geld verlocken

Nicht nur am Gotthard werden Tunnels geplant, die niemand braucht. Auch der Kanton Luzern plant teure Strassenprojekte gegen den Widerstand der betroffenen Bevölkerung: Den Bypass quer durch Kriens, die Spange Nord in Luzern oder die Talstrasse durchs Seetal. Statt viel Geld in Beton zu investieren, will die SP den öffentlichen Verkehr ausbauen. So können wir Pendlerinnen und Pendler zum Umsteigen auf ein effizienteres und umweltfreundlicheres Verkehrsmittel bewegen. Dazu muss die Sicherheit des Langsamverkehrs erhöht und in die Verkehrsinfrastruktur (Radwege, Busspuren) investiert werden. Dies schafft letztlich genug Platz für den wirtschaftlich notwendigen Verkehr – damit niemand mehr im Stau steht.

Das will die SP:

- Dank einer konsequenten Verlagerung auf den ÖV und den Langsamverkehr in Stadt und in der Agglomeration haben Luzerns Strassen wieder genügend Kapazität, damit es auch zu Spitzenzeiten nicht mehr zu volkswirtschaftlich schädlichen Staus kommt.
- Keine Planung gegen die Bevölkerung! Die Planungsgelder für Bypass, Spangen Nord und Süd und der Talstrasse durch bestes Seetal Kulturland werden besser in die Verkehrssicherheit investiert. Die Lücken im längst beschlossenen Radroutenkonzept müssen endlich gefüllt werden.
- Statt Linien wegzusparen, werden die Busverbindungen ausgebaut und attraktiver gestaltet: Mit Bus-Bevorzugung, Rufbussen, verbessertem Nachtsternetz und günstigen Tarifen.
- Mit dem Fonds zur teilweisen Vorfinanzierung des Tiefbahnhofs Luzern wird die Grundlage für den Viertelstundentakt nach Zürich und für den Ausbau der S-Bahn gelegt.
- Mit Temporeduktionen, Tempo 30 auch auf Kantonsstrassen, sicheren Schul- und Velowegen (Umsetzung Radroutenkonzept!) und dem konsequenten Kampf gegen Raser wird die Vision „Zero“ des Strassenverkehrs ohne Verkehrstote angestrebt.



## 5. **Gesundheit und Pflege – Mehr Prävention statt Zweiklassenmedizin**

Statt wirksame Massnahmen gegen den akuten Mangel an Pflegepersonal zu ergreifen, setzt der Kanton auf eine ungesunde Wettbewerbspolitik und Privatisierungen – zu Lasten der Patientinnen und Patientinnen sowie des Personals. Gesundheit ist das höchste Gut und sie hat ihren entsprechenden Preis. Kurzfristige Einsparungen der Mittel für Prävention führen zu hohen Folgekosten, zu mehr Wettbewerb und weitere Sparmassnahmen zu einer unhaltbaren Zweiklassenmedizin. Vordringlich muss aber das System der Prämienverbilligung ausgebaut werden. Diese Forderung der SP-Initiative „Für faire Prämienverbilligung“ ist nach wie vor aktuell. Aus Spargründen verlagerte der Kanton einen Teil der Spitalkosten zu den Krankenkassen. Dadurch bezahlten die Luzernerinnen und Luzerner 30 Millionen mehr an Krankenkassenprämien.

Das will die SP:

- Nein zur Zweiklassenmedizin! Die Gesundheitsversorgung muss für alle Menschen unserer Gesellschaft in gleichem Masse zugänglich sein. Privatisierungen im Gesundheits- und Pflegebereich führen uns in die entgegengesetzte Richtung.
- Der Mangel an Pflegepersonal muss mit einer Ausbildungsoffensive und besseren Arbeitsbedingungen behoben werden. Davon profitieren letztlich auch die Patientinnen und Patienten.
- Die medizinische Grundversorgung muss überall gewährleistet sein – auch auf der Landschaft. Deshalb braucht es Massnahmen gegen den Mangel an Hausärztinnen und Hausärzten, z.B. mit der Förderung von Gemeinschaftspraxen. Kantonale Beiträge an die Spitex garantieren den nötigen Ausbau auf der Landschaft und sorgen für gleiche Qualität innerhalb des Kantons.
- Ein Ausbau der Prävention erhöht das Bewusstsein in der Bevölkerung und führt zu einer Reduktion der Gesundheitskosten und somit zu tieferen Krankenkassenprämien.
- Dank ausgebauter Prämienverbilligung bezahlt kein Haushalt mehr als 10 % des Einkommens für die Krankenkassenprämien. Der Kanton ergreift keine Sparmassnahmen mehr, welche zu höheren Prämien führen.



## 6. **Wirtschaft: In den Kanton investieren statt Briefkastenfirmen anlocken**

Im KMU-Kanton Luzern sind nicht tiefe Steuern, sondern starke Bildungsinstitutionen, gute Infrastrukturen und Stabilität die entscheidenden Standortfaktoren. Der Kanton muss deshalb wieder ein zuverlässiger Partner werden, der in seine wirtschaftliche Entwicklung und gute Arbeitsplätze investiert. Wir brauchen keine ausländischen Briefkastenfirmen, sondern starke lokale Unternehmen, die nachhaltige Arbeitsplätze schaffen – auch für Menschen ohne hohe Ausbildung. Vom wirtschaftlichen Aufschwung der letzten Jahre haben nur die obersten 10 Prozent profitiert. Die SP kämpft mit den Gewerkschaften für gerechtere Löhne und eine demokratischere Wirtschaft.

Das will die SP:

- Gemeinsam mit den Gemeinden ergreift der Kanton Luzern Massnahmen zur besseren Integration von älteren Arbeitskräften 50+.
- Der Ausbau der Kinderbetreuung ermöglicht es insbesondere mehr Frauen, aktiv am Erwerbsleben teilzunehmen. Nicht bezahlte Arbeit muss gerechter verteilt werden.
- Ein kantonaler Lehrstellenfonds unterstützt Firmen, welche in Lehrstellen und die wirtschaftliche Zukunft Luzerns investieren.
- Der Kanton Luzern stärkt die einheimische Wirtschaft und fördert innovative Unternehmen, die gute und sichere Arbeitsplätze schaffen und erhalten. Der Wissenstransfer von Fachhochschulen und Universität zur Wirtschaft wird gestärkt.
- Eine ausgezeichnete Infrastruktur und ein guter Service Public sind wichtige Standortfaktoren und dürfen nicht vernachlässigt werden. Leistungsabbau bei der Bildung, dem ÖV oder den Spitälern schwächen den Standort Luzern und sind kontraproduktiv.



## 7. Energie und Umwelt – Erneuerbar statt atomar

Die Energiewende muss auch im Kanton Luzern umgesetzt werden! Die SP verlangt, dass Luzern endlich vorwärts macht bei der Förderung von Solarthermie und Gebäude-Sanierungen. Dies entlastet nicht nur die Umwelt, sondern schafft auch nachhaltige Arbeitsplätze im Cleantech-Bereich. Hohe Gebäudestandards sollen vom Kanton nicht nur verlangt sondern auch umgesetzt werden. Damit die Mieten deswegen nicht steigen, sollen für die dringend nötigen Sanierungen finanzielle Anreize gesetzt werden. Sparmassnahmen im Umweltbereich führen zu höheren Folgekosten. Skandalös ist auch die Sparerei beim Hochwasserschutz, wo der Kanton nicht mehr die Sicherheit seiner Bewohner finanzieren kann.

Das will die SP:

- Der Kanton orientiert sich an der 2000-Watt-Gesellschaft und reduziert den CO<sub>2</sub>-Ausstoss auf eine statt sechs Tonnen pro Person und Jahr. Entsprechende Gebäudestandards gelten auch für kantonale Gebäude.
- Der Kanton wird atomstromfrei und setzt vollständig auf erneuerbare Energien. Fernwärmenetze werden ausgebaut, Abwärme konsequenter genutzt.
- In Zusammenarbeit mit der Hochschule wird die Energieeffizienz im Kanton erhöht. Die Bevölkerung profitiert von kompetenter Beratung und dem lokalen Know-How.
- Die Verlagerungspolitik im Verkehr reduziert die Umweltbelastung durch den MIV bezüglich Lärm und Schadstoffen.
- Es stehen genügend Mittel bereit für notwendige Investitionen in den Hochwasserschutz.
- Gegen die Verschmutzung unserer Gewässer wird stärker vorgegangen. Renaturierungen werden stärker gefördert und sollen insbesondere mit dem Hochwasserschutz einhergehen.



## 8. Bildung – Bildung für alle statt Privatisierung

Bildungsinvestitionen sind Anlagen in die Zukunft, hier darf nicht gespart werden. Bildung ist eine der wichtigsten Staatsaufgaben und darf nicht ausgelagert werden. Die anerkannt hohe Qualität der Volksschule, der Berufsbildung und der höheren Bildungsinstitutionen muss erhalten bleiben. Zur Sicherung der Qualität sind gute Rahmenbedingungen zwingend. Dazu gehören auch verlässliche Arbeitsbedingungen für die Lehrpersonen.

Das will die SP:

- Die Privatisierung auf der Tertiärstufe (Stipendien, Studienberatung, Universität) wird gestoppt, damit die demokratische Kontrolle gewährleistet ist.
- Existenzsichernde Stipendien für Lehrlinge und Studierende ermöglichen allen gleiche Bildungschancen.
- Investitionen in die Frühförderung bringen mehr Chancengerechtigkeit.
- Eine nachhaltige Umsetzung des Lehrplans 21 bedarf der nötigen Mittel.
- Vor weiteren Schulreformen müssen die bisherigen Neuerungen ausreichend finanziert, konsolidiert und evaluiert werden.
- Ein breites Bildungsangebot mit einer hohen Durchlässigkeit ermöglicht individuelle Berufsbiografien und somit eine optimale, gesellschaftliche Integration für alle.





## 9. Sport und Kultur – Miteinander statt gegeneinander

Nur ein Gleichgewicht zwischen der etablierten Kultur und der freien Szene ermöglicht ein lebendiges und vielfältiges Kulturangebot. Kantonale Kulturförderung muss regional stattfinden und sich neben baulichen vor allem auch auf inhaltliche Aspekte fokussieren. Die Kantonale Sportförderung ist auch als Gesundheitsentwicklung und somit als aktiver Beitrag zur Senkung der Gesundheitskosten zu verstehen. Neben den pädagogischen gelten vor allem die sozialen Funktionen des Sports auch für den Seniorensport.

Das will die SP:

- Der Kulturfranken ist einzuführen. Jährlich wird zusätzlich für die regionalen Förderfonds pro Kopf der ständigen Wohnbevölkerung ein Franken für die Kultur- und Sportförderung bereitgestellt.
- Der Zugang zu Kultur und Sport muss für alle möglich sein.
- Analog des Planungsberichts über die Kulturförderung ist als Grundlage ein Planungsbericht über die Sportförderung zu entwickeln.
- Die Voraussetzungen für die Einführung der täglichen Sportstunde an der Volksschule sind zu schaffen.



## 10. Migration - Integrieren statt Abschotten

Luzerns Tiefsteuerstrategie lockt immer mehr ausländische Firmen und Angestellte in den Kanton. Dies schafft auch Probleme. Statt diese mit Fremdenfeindlichkeit und Kontingenten zu verstärken, will die SP die Probleme lösen. Es sind aber gerade diejenigen Kräfte, welche am meisten Ängste schüren, die dann nachhaltige Massnahmen gegen Zersiedelung, steigende Mieten oder Lohndumping verhindern. Die SP fordert Massnahmen für ein möglichst konfliktfreies Zusammenleben aller. Ein weltoffener Kanton ist zudem eine wichtige Voraussetzung für die Tourismusdestination Luzern.

Das will die SP:

- Frühförderung und einkommensabhängige Sprachkurse sorgen für mehr Chancengleichheit in Schule und Beruf.
- Ein umfassendes Diskriminierungsverbot sorgt dafür, dass alle Personen unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion, Alter, sexueller Orientierung oder Behinderung unter den gleichen Voraussetzungen die gleichen Chancen haben. Der Kanton fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt.
- Grundsätzlich bestehen keine Sonderregelungen für einzelne Ausländerinnen oder Ausländer, weder beim Schwimmunterricht noch bei der Pauschalbesteuerung von Multimillionären.
- Das kantonale Integrationsleitbild bleibt kein Papiertiger. Das bedeutet insbesondere mehr Mitsprache von Migrantinnen und Migranten.
- Der Kanton unterstützt die Gemeinden bei der Unterbringung von Asylsuchenden. Private Firmen dürfen aus der Betreuung von Flüchtlingen keine Profite schlagen.



## **11. Sicherheit gewährleisten – Mehr Polizei und Prävention statt Sparen bei der Sicherheit**

Überstunden und immer anspruchsvollere Einsätze prägen den Polizeialltag. Trotzdem begnügen sich die Bürgerlichen mit Sonntagspredigten. Die SP erkennt den Handlungsbedarf. Wir sind bereit, die notwendigen Mittel zur Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols zu sprechen.

Der bürgerliche Spardruck führte zu Lücken in der Polizeipräsenz und zur Auslagerung von Sicherheitsaufgaben. Das muss gestoppt werden. Sicherheit ist ein Grundbedürfnis und kein Geschäft! Die SP will eine Polizei, die im steten Kontakt mit der Bevölkerung ihren umfangreichen und anspruchsvollen Auftrag wahrnehmen kann. Gewalt und Kriminalität müssen konsequent bekämpft werden. Genauso wichtig ist es aber, diese mit präventiven Massnahmen zu verhindern. Hier darf nicht weiter gespart werden!

Das will die SP:

- Polizei, Strafverfolgungsbehörden und Gerichte erhalten die benötigten Mittel, um ihre Arbeit im Dienste der Bevölkerung des Kantons effizient und qualitativ hochstehend zu erledigen.
- Am Gewaltmonopol des Staates darf nicht gerüttelt werden! Nicht Private, sondern Quartier- und Gemeindepolizistinnen bzw. -polizisten oder die SIP sollen für Ruhe und Ordnung sorgen.
- Als Tiefsteuerkanton muss Luzern mit mehr Wirtschaftskriminalität rechnen. Auch die Informationstechnologien bergen neue Gefahren (Internetkriminalität, einfachere Verbreitung von Kinderpornographie, usw.). Für die Bekämpfung dieser neuen Bedrohungen braucht es die entsprechenden Mittel und Fachleute.
- Der Kanton fördert und finanziert präventive Massnahmen, die eine friedliche Lösung von Konflikten zum Ziel haben (SIP, Mediation, Ombudsstellen, Fanarbeit, Gewaltberatung, usw.).
- Grundrechte dürfen nicht der Sparwut bei Polizei und Justiz oder der populistischen Forderung nach absoluter Sicherheit zum Opfer fallen.